



Bewegt Politik
campact!



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

BI lebenswertes
Korbach e.V.



BI-FFH
Bürgerinitiative
FrackingFreies Hamburg



 **Deutsche Umwelthilfe**

Entsorgungsproblem giftiger Förderabfälle der Öl- und Gasindustrie

Offener Brief an die Umwelt- und Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Sehr geehrte Ministerinnen und Minister,

nach Recherchen von NDR und WDR könnte es bundesweit womöglich mehr als 1400 Bohrschlammgruben¹ mit giftigen Abfällen aus der Erdöl- und Erdgasförderung der letzten Jahrzehnte geben. Bohrschlamm wurde in der Vergangenheit direkt an den Bohrplätzen ohne ausreichende Sicherheitsvorkehrungen entsorgt - obwohl es sich um gefährlichen Sondermüll handelt. Er enthält nicht nur verschiedene Öl-Rückstände, wie zum Beispiel krebserregende polyzyklische, aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), sondern oftmals auch giftige Schwermetalle, wie Quecksilber und Arsen, sowie radioaktive Stoffe. Wenn die umstrittene Fördertechnik Fracking ausgeweitet wird, würde dies die Menge der zu entsorgenden Bohrschlämme weiter erhöhen.

Allein in Niedersachsen soll es nach Schätzungen des dortigen Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) mindestens 500 Schlammgruben² geben. Aus diesem Grund gibt es dort inzwischen ein Programm, in dem umfassende

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Bohrschlamm-Entsorgung-Niedersachsen.html>

² <http://www.lbeg.niedersachsen.de/aktuelles/neuigkeiten/titel-129705.html>

Untersuchungen der in Verdacht stehenden Flächen vorgesehen sind³. Zudem wurde eine Standortliste zugänglich gemacht, die aufzeigt, an welchen Orten sich Verdachtsflächen befinden⁴. Nach Recherchen des NDR/WDR fielen in den vergangenen zehn Jahren bei der Sanierung von lediglich drei alten Bohrschlammgruben in Niedersachsen rund 720.000 Tonnen Giftmüll an.

Die Überwachung von Schlammgruben und die Entsorgung des giftigen Sondermülls liegen in der Zuständigkeit der Länder⁵. Dem NDR/WDR zufolge soll es neben den Schlammgruben in Niedersachsen auch in weiteren Bundesländern wie Brandenburg (400 Gruben), Mecklenburg-Vorpommern (345 Gruben) und Bayern (170 Gruben) derartige Flächen geben. Auch in Schleswig-Holstein, Hamburg, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen wurde in der Vergangenheit Öl und Gas gefördert. Aufgründessen ist davon auszugehen, dass auch dort Bohrschlammgruben angelegt wurden.

Wir wenden uns daher mit einigen ungeklärten Fragen an Sie:

- Wie viele Bohrschlammgruben bzw. Verdachtsflächen befinden sich in Ihrem Bundesland?
- Wo genau befinden sich die Bohrschlammgruben?
- Welche Maßnahmen zur Sanierung unternimmt die Landesregierung?
- Wie viel Kapazität steht auf den in Ihrem Bundesland befindlichen Deponien für gefährliche Abfälle (DK III-Deponien) für die Entsorgung der Bohrschlämme zur Verfügung?
- Wie bewerten Sie im Kontext dieser Entsorgungsproblematik den Einsatz von Fracking und die damit einhergehende geplante Ausweitung der Öl- und Gasförderung, die auf die Verabschiedung des Fracking-Gesetzespakets im Bundestag folgen würde?

Wir bitten Sie, unsere Fragen bis zum 30. April zu beantworten. Im Mai wollen wir eine Zusammenfassung der Antworten aller von uns angeschriebenen Ministerien veröffentlichen.

Angesichts der drohenden Gefahren für die menschliche Gesundheit und die Umwelt durch Bohrschlammgruben ist eine schnelle und sichere Sanierung nach den höchsten

³ <http://www.umwelt.niedersachsen.de/aktuelles/gemeinsame-pressemitteilung-139628.html>

⁴ <http://www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation>

⁵ <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/042/1804272.pdf>

Schutzstandards zwingend erforderlich. Es liegt daher sicher auch in Ihrem Interesse, hier für Klarheit über die Anzahl und genauen Standorte von Verdachtsflächen sowie für eine zeitnahe Sanierung der Gruben in Ihrem Bundesland zu sorgen. Um einen weiteren Anstieg der Mengen giftigen Bohrschlamms zu verhindern, appellieren wir an Sie, sich gegenüber der Bundesregierung für ein konsequentes Fracking-Verbot einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Bautz
Geschäftsführer
Campact e.V.



Prof. Dr. Hubert Weiger
Bundesvorsitzender
Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V.



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
Deutscher Naturschutzring e.V.



Sascha Müller-Kraener
Geschäftsführer
Deutsche Umwelthilfe e.V.



Christina Hacker
Vorstand
Umweltinstitut München e.V.



Andy Gheorghiu
Vorstandsmitglied
BI lebenswertes Korbach e.V.



Werner Diedrichs
Sprecher der
Bürgerinitiative FrackingFreies Hamburg